

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Dienstag, 24. Dezember 1935

Nr. 299

Schutzbund-Amnestie

Der erste wirkliche Schritt
zur Versöhnung?

Wien. Auf Grund eines besonderen Manifestationsaktes wurden heute alle in Haft befindlichen Führer des Republikanischen Schutzbundes, darunter Major i. R. Eifler und Haupt i. R. Loew aus dem Gefängnis in Stein entlassen.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg gab im Rundfunk folgende Einzelheiten über die Amnestie bekannt:

Der Amnestie teilhaftig sollen sowohl gerichtlich Verurteilte sowie Verwaltungsbefehlige werden. Von 1521 gerichtlich verurteilten aus dem Feberaufstand sind 1351 bereits bei früheren Gelegenheiten aus der Strafe getreten, darunter rund 400 im Wege der Begnadigung und bedingten Entlassung. Von den verbliebenen 170 gelangen 154 in den Genuss der Weihnachtsamnestie, so daß insgesamt 18 gerichtliche Häftlinge übrig bleiben. Bei diesen konnte eine Begnadigung nicht in Frage kommen, weil sie „unmittelbar schwerste Missetat als Führer auf sich geladen“ hätten oder aus kriminellen Gründen einer Gnade sich nicht würdig erweisen.

Die Einstellung des Strafverfahrens sei nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände bezüglich 19 Personen der ehemaligen sozialdemokratischen Parteiführung beantragt worden, die sich bereits seit längerer Zeit auf freiem Fuß befinden. Dies deshalb, weil die erwiesene Hauptschuld diejenigen treffe, denen es gelungen sei, nach Wählungen ihres Planes sich jenseits der Grenzen zu sichern. „Radikale Führer und bekannte Helfer“ hätten mit Rücksicht auf die sonstige Gefährdung der ruhigen Entwicklung und Befriedigung ausgenommen werden müssen.

Schwere Kämpfe an der Nordfront

Romora. (Stefani) Ueber den Kampf, der sich am Sonntag in der Zone Ende Marican Cuoram entwickelte, werden folgende Einzelheiten gemeldet: 5000 abessinische Soldaten versuchten italienische und eritreische Abteilungen zu umzingeln, welche in der Gegend von Lemben eine Suberungsaktion vornahmen. Der Versuch der Abessinier wurde durch das gebirgige und bewaldete Terrain unterstützt, doch lebten gerade in dem Augenblick, da die Abessinier versuchten, den italienischen Linien Flügel in die Flucht zu treiben, die von Artillerie und Flugzeugen unterstützten italienischen Abteilungen mit einem Gegenangriff ein und drängten den Feind in das Tonka-Tal zurück. Die eritreischen Abteilungen verfolgten die Abessinier und brachten ihnen ernste Verluste bei.

Kabinettsumbildung in Belgrad

Belgrad. Arbeitsminister Bobić und Minister für körperliche Erziehung, Komnenović haben ihre Demission gegeben. Sie wurden durch den Abgeordneten Kosulj, ein hervorragendes Mitglied der Radikalen Union, und den neuen Vorsitzenden dieser Gruppe, Cvetojević ersetzt.

Der Wechsel geht auf innere Differenzen in der Radikalen Union zurück, deren bisheriger Vorsitzender Stanojević ausscheidet; er war mit der Regierungspolitik der Radikalen Union nicht einverstanden. Dagegen ist der Stupschina-Präsident, Cirić, ebenfalls ein früheres Mitglied der radikalen Partei, in die Radikale Union eingetreten.

In dieser Entwicklung sehen politische Kreise einen Erfolg der Regierung, die darangeht, sich eine feste Mehrheit zu sichern und ihr Programm unter Mitwirkung der Stupschina zu verwirklichen.

Meldung vom Tage

Ankara. Der Kriegsminister beabsichtigt, die Maßnahmen der Türkei, insbesondere die Flugrüstung zu verstärken.

Kurswechsel im Foreign Office?

Lord Eden britischer Außenminister

Befriedigung in England, Ueberraschung in Frankreich
Painlicher Eindruck in Italien!

Die Teilkrisis des Kabinetts, die durch den Rücktritt Sir Samuel Hoares, besser gesagt durch die Aufopferung Hoares für die Fortdauer des Kabinetts Baldwin entstanden war, hat eine überraschende Lösung gefunden. Entgegen den Vermutungen der Presse und des Auslands, die auf Austen oder Neville Chamberlain oder Lord Halifax als Nachfolger Hoares setzten, ist Sonntag Lord Anthony Eden zum Staatssekretär des Außenamtes im britischen Kabinet ernannt worden.



Anthony Eden.

der neue englische Außenminister

Die Ernennung Edens ist ein Zugeständnis an die parlamentarische Opposition und an die öffentliche Meinung. Eden ist mit seinen 35 Jahren einer der jüngsten führenden Minister der Weltpolitik. Er wäre trotz seiner Eleganz und seiner gesellschaftlichen Beliebtheit (die in England dazugehört, will ein Politiker Karriere machen) sicher noch nicht zu dem so einflussreichen Posten aufgestiegen, hätte nicht das Volk, gebieterisch diesen Mann verlangt, der sich bisher als den besten Top des Jung-Konferenzen vorgestellt hat. Eden ist ein gründlicher Kenner der Mittelmeerfragen und der Probleme des Nahen Ostens. Das beweist übrigens, daß England doch entschlossen scheint, die Fragen des Nahen Ostens zu lösen, ehe es sich in den unausweichlichen Kampf um den Fernen Osten, um Indien, die Südsee und die Positionen in China einläßt.

Man darf von der Berufung Edens im allgemeinen eine energische Politik Englands in Genf, ein härteres Herovorgehen des Rechtsstandpunktes gegen Italien und vielleicht eine Verschärfung der Sanktionspolitik erwarten. Verfehlt wäre es, in Eden unbedingt den Mann zu sehen, der Krieg bedeutet. Eden selbst wird sich an die Linie des Kabinetts halten müssen. Sein Vorgänger hat die Extratour mit seinem Sturz bezahlt und nicht jedem englischen Außenminister ist es wie 1914 Edward Gren beschieden, ein Land, ein Volk, ein Kabinet auf die Linie seiner privaten Kriegspolitik zu bringen. Eden wird auch mit seinem Unterstaatssekretär Vansittart rechnen müssen, genau wie Gren einst mit Sir Arthur Nicolson zu rechnen hatte, der ihn recht eigenlich in das französisch-russische Fahrwasser geführt hatte. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß Vansittart in den beliebten und draufgängerischen jungen Lord vorzieht, um die öffentliche Meinung einzuschlafen, zugleich aber Rom einzuschüchtern.

In Paris hat die Ernennung Edens eine Nebenwirkung hervorgerufen, die nur bei den Gegnern Lavals freudig genannt werden kann. Die Rechte und die Lavalsche Mitte sehen in Eden den Mann, der das schwankende und ewig labierende und „lavalisierende“ Frankreich zwingen

wird, Farbe zu bekennen. Diese Kreise fürchten für ihren Freund Mussolini. In Italien hat, den französischen Berichten zufolge, die Ernennung Edens einen „peinlichen Eindruck“ hervorgerufen. Ist doch Eden der bestgehobte Mann in den Kreisen der italienischen Faschisten und man befürchtete von ihm, daß er die DeKolonisation wahrnehmen könnte.

Englands Rückfrage bei den Mittelmeer-mächten hat bewiesen und die britischen Rüstungen beweisen es täglich, daß über Afrika und den italienischen Großraum noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. England holt jetzt militärisch auf, es sichert sich Hilfe in Vorderasien und Südosteuropa, es sichert sich Häfen und Operationsbasen, es bereitet die mögliche Aktion vor. Auf der andern Seite geht es den Italienern militärisch nicht besonders gut. Der abessinische Widerstand wächst und wenn auch die Kanriffe der Abessinier immer wieder im möderischen Waffenfeuer des technisch überlegenen Heeres zusammenbrechen, so hat sich doch gezeigt, daß der „Spaziergang nach Abis Abba“ daher währen kann, länger jedenfalls, als Italien das durchhalten vermöchte. Selbst so italienfreundliche Publizisten wie Jules Sauerwein sind sehr skeptisch geworden und warnen Mussolini, der die Dinge zum Ausbrechen treibt. In dieser Situation kann Edens Stellung als Stützpunkt des britischen Empires allerdings auch eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite heraufführen.

Eden nicht gebunden

London. Auslich wird erklärt, daß sämtliche Gerüchte, die Regierung Großbritanniens habe der französischen Regierung versichert, daß der neue britische Staatssekretär des Auenamtes Eden die Sanktionspolitik nicht bis zum möglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Italien betreiben werde, als absolut unbegründet sind.

London. (Reuter.) Der britische Marine- und Armeechef standen vor einiger Zeit in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Pariser Stäben und verhandelten, wie nunmehr bekanntgegeben wurde, über die Frage der Sicherheit im Mittelmeer. Die Beratungen hatten einen im Ganzen zufriedenstellenden Verlauf und ein ebensolches Ergebnis, so daß weitere Zusammenkünfte nicht mehr stattfinden werden.

Es verlautet, daß der neue Außenminister Eden mit der Vertretern der beim Völkerbund vertretenen Mächte Beratungen über den gleichen Gegenstand hatte, und daß dabei ein großer Fortschritt erzielt wurde.

Die „Times“: Wille des Volkes

London. Zu der Ernennung Edens zum Minister des Auenamtes bemerken die „Times“: Diese Ernennung entspricht den Wünschen der öffentlichen Meinung und des Volkes. Die Verschärfung der Politik des Außenamtes und Völkerbundministers lasse eine einheitliche Meinung der Außenpolitik unter voller Kontrolle und Verantwortung des Kabinetts erwarten. Das Kabinet geht nunmehr wiederum mit Festigkeit an die Durchführung der Politik der gemeinsamen Front gegen den Angreifer und wird die Mittel und Wege suchen, wie den gemeinsamen Verpflichtungen zu entsprechen wäre und der unglückliche Krieg durch eine friedliche Lösung beendet werden könnte.

Zwischen Diktatur und Demokratie Zur Lage in Jugoslawien

Von P. O. Smatratsch

Als im Herbst vergangenen Jahres in Marseille eine politische Verbuchung, deren Kern aus dem Dunkel von faschistischen Mächten gelenkt wurde, den König von Jugoslawien niederstreckte, fiel der Träger eines längst todkranken Systems.

Hast sechs Jahre zuvor, im Jänner 1929, hatte er die beschworene Verfassung getroffen und, einzig auf die Vajonette gestützt, seine Selbstherrschaft verkündet, weil er anders die Einheit Jugoslawiens im zerfallenden Haider der Stämme und Parteien vor die Hunde gehen sah. Die Diktatur Alexander I. schien also dem Schutz einer revolutionären Erregungsdienst zu dienen, denn der einheitliche Staat der Serben, Kroaten und Slowenen, von der Sozialdemokratie im slawischen Süden zuerst gefordert und nur durch die Vernichtung dreier Despotismen, des osmanischen, des habsburgischen und des moskowitzischen, ermöglicht, umschloß als Stütz der bürgerlichen Revolution Südosteuropas einen bedeutsamen historischen Fortschritt. Aber tut es selten gut, das Ergebnis einer revolutionären Entwicklung mit gegenrevolutionären Waffen zu verteidigen, so wurde hier die Gegenrevolution fast Selbstzweck. Obwohl der Karadjordjević bei jeder Gelegenheit das Regime des 6. Jänner lediglich als Übergang zur „wahren Demokratie“ hinstellte, feierten Terror und Korruption ihre Orgien. Auch die oktroyierte Verfassung von 1931 mit ihrer grotesk gewählten Stupschina war nur ein Mittel, Europa Sand in die Augen zu streuen. Und manche ließen sich willig streuen. Jemandem Schweizer Käseblatt in Dilsdorf etwa erklärte, daß man sich in Jugoslawien ebenso frei fühle „wie bei uns in der Schweiz“. „Das Volk ist zufrieden, von irgendeinem Absolutismus keine Spur“. Und sofort im Echo die ganze Regime-Presse von Marburg bis Rom: „Aufmerksam, Europa! Bei uns herrscht Freiheit wie in der Eidgenossenschaft! Die „Dilsdorfer Zeitung“ ist Schwurzeuge!“

Nur das Volk in Jugoslawien ließ sich nicht dumm machen. Auf Schritt und Tritt gähngelt und belauert von Polizisten, Genarmen und Spießeln, konnte es geraume Weile die Faust nur im Saß halten, aber als nach dem Tode des Königs die dreiföpfige Regentenschaft bereit, den gleichen Faden weiterzuspinnen, Wahl en ausschrieb, warf die Opposition trotz einem Wahlgeseß, das der Regierung alle Kämpfe in die Hand gab, und trotz der frechtlichen Einschüchterungspraktiken der Behörden eine volle Million Stimmen auf den Tisch; die katastrophale Niederlage des Systems war es, daß demgegenüber seine Anrechte mit Verpfehlung und Verzug nur 1,7 Millionen Stimmen ausbrachten. Mit diesem 5. Mai 1935 kamen die Dinge ins Aussehen. Mit dem Auftrag und der Absicht, die Diktatur abzubauen und in die Demokratie überzuleiten, trat das Kabinet Stojadinowitsch auf den Plan. Denn die Rückkehr zum Parlamentarismus auf breiterer demokratischer Grundlage entspricht dem Willen sämtlicher Volksstände; Bürger, Bauern, Arbeiter — von einem irgendwie gearteten „autoritären Regime“ wollen sie alle nach der Ruherprobe dieser sechs Jahre nichts mehr wissen. Im Ziel sind sich also die Parteien, die zur „jugoslawischen radikalen Gemeinschaft“ zusammengefügt, hinter Stojadinowitsch stehen: serbische Radikale, slowenische Christlichsoziale, bosnische Moslems, mit der Opposition: Demokraten, Landwirtschaftler, kroatische Bauernpartei, völlig einzig. Gleichwohl ist neuerdings die Entwicklung ins Stöden geraten. Die Neuwahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes werden auf eine bedenklich lange Zeit geschoben, und von einer Wiederherstellung der allerursprünglichsten Staatsbürgerrechte: Freiz, Vereins- un. Versammlungsfreiheit ist nichts zu merken. Jugoslawien steht immer noch der Diktatur unendlich näher als der Demokratie.

In einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Lande, wie es trotz mancher Fortschritte Jugos-

Nationen ist, sind eben die sozialen Kräfte, auf denen die moderne Gesellschaft beruht, zu wenig ausgebildet, um sich mit rücksichtslosem Elbogenspiel durchzusetzen. Dem Nachhunger der Bourgeoisie hält ihre tatsächliche Stärke nicht die Waage, und die Arbeiterklasse leidet an den Folgen des Verderbtes zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie ebenso wie unter der zermürbenden Wirtschaftskrise mit ihrer nicht wachsenden Arbeitslosigkeit; welche Verelendung zeigt es an, wenn zwischen 1930 und 1934 die Zahl der von der Sozialversicherung erfassten Lohnempfänger von 707.000 auf 663.000 sank! Kommt die Wirtschaftskrise auch für die Bauernschaft einem schwächenden Aberlaß gleich, so könnte doch in einem zu vier Fünfteln agrarischen Staate eine einheitliche Front des Landvolkes, wie es einmal in Bulgarien und einmal in Rumänien geschah, am ehesten Stoffkraft entfalten, aber, von den katholischen Bauern Sloweniens und den muslimanischen Bauern Bosniens ganz zu schweigen, die dort den Christlichsozialen, hier der Partei Spahos anhängen, hindert die kroatische Frage die serbischen und die kroatischen Bauern, im Gleichschritt zu marschieren. Die Partei, der nach dem Tode Raditschs Dr. Raisschel vorsteht, ruft das Landvolk in Kroatien und Dalmatien zuerst als Kroaten, dann erst als Bauern auf.

Dabei ist die kroatische Frage im Grunde gar keine kroatische Frage. Ihr Problem gilt genau so wie für die Kroaten für die Serben des einstigen Habsburgerreichs, nämlich: wie leben sich Teile des gleichen Volks mit der gleichen Sprache, die ihre Geschichte die einen in den östlichen, die andern in den westlichen Kulturkreis wies und so verschieden fornte, unter demselben Staatsdach am leichtesten und schmerzlosesten miteinander und aufeinander ein? Mit der zentralistischen Staatsgestalt wie bisher geht es nicht. So steht auch die jugoslawische Sozialdemokratie, die bislang eine Gliederung des Staates nach dem „historischen Grenzen“ der Stämme verwarf und einen strengen Zentralismus allerdings mit weitgehender Autonomie der Verwaltungseinheiten (Provinz, Kreis, Gemeinde) vertrat, neuerdings mehrere Pföfde jurid: „Wir haben“, bei unlängst der bekannte Führer der freilich noch nicht wieder erlaubten Partei, Dr. Topalowitzsch, in der Belgrader „Arbeiterzeitung“, dar, „und die Existenz einer einformigen jugoslawischen Volksmasse dargestellt, die in Wahrheit erst nach und nach entstehen kann. Dem Stammesnationalismus, den regionalistischen und religiösen Gefühlen unserer Volksgenossen haben wir zu wenig Bedeutung beigemessen“. Da es sich aber hier um Tatsachen handelt, die der Realpolitik, ob sie ihm gefallen oder mißfallen, nicht übersehen darf, wird die Neuordnung um eine dezentralistische, vielleicht föderalistische Staatsgestaltung nicht herumkommen. Nur heißt die Voraussetzung dafür, daß eine solche Lösung überhaupt angepaßt wird, Wiederherstellung der Demokratie und Abschreibung von Neuwahlen.

Leider gibt die innere Wirrnis dank der Schwäche der sozialen Gruppen den „unverantwortlichen Faktoren“, die in Belgrad mindestens seit 1903 in der Politik herumspuken, die Möglichkeit an die Hand, hinter den Kulissen die Fäden zu ziehen. Was die politisierende Generalität, an ihrer Spitze der Kriegsminister Pera Schiwkowitzsch, denkt und will, fällt schwerer in die Waagschale als alle

guten Absichten des Ministerpräsidenten Stojadinowitsch. Dank solcher und anderer Bremsklöße gelangt der jugoslawische Staatswagen auf der Straße zur Demokratie nur im Schnecken tempo voran. Kein bündigerer Beweis als die überaus klägliche Amnezie vom 1. Dezember. Während der griechische Ab-

Kontinuität in der Außen- und Innenpolitik

Ein russisches Interview Dr. Hodžas

Moskau. Die „Iswestija“ bringen eine Unterredung ihres Korrespondenten mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Außenminister Dr. Milan Hodža. In der Unterredung erklärte der Ministerpräsident u. a.: Die Zusammenhänge der internationalen Politik sind derart organisch, daß es nicht möglich ist, daß in einem Teile Europas dauernde Ruhe herrsche, während ein anderer von einem kriegerischen Umsturz bedroht wäre. Aus diesem Grunde ist die Politik des ungeteilten Friedens und der kollektiven Sicherheit nicht bloß eine leere Phrase, sondern die reale Feststellung der Wirklichkeit, mit welcher jeder Politiker rechnen muß. Das System der kollektiven Sicherheit müsse allerdings auf guten Pfeilern ruhen, auch in Mittel- und Osteuropa.

Was Mitteleuropa betrifft, ist sicherlich ein solcher Grundpfeiler in erster Linie die konstruktive Zusammenarbeit der Kleinen Entente. Auch die Zusammenarbeit des Ostens ist für den Frieden unabweislich notwendig. Aus diesem Grunde ist das System der Verträge über die gegenseitige Hilfeleistung ein für das europäische Gleichgewicht unentbehrliches System und die Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit dem Sowjetver-

bande besitzt für den Frieden in Europa die gleiche Bedeutung wie das System der Kleinen Entente und das Bündnis mit Frankreich.

Das System der kollektiven Sicherheit erfordert auch von all seinen Faktoren die absolute Konsolidierung der inneren Verhältnisse. Die jüngsten Ereignisse haben ganz außerordentlich gezeigt, wie die tschechoslowakische Nation in ernstesten Augenblicken trotz aller parteiischen Anschauungsunterschiede es stets versteht, sich zu einigen. Von neuem hat es sich gezeigt, wie unteilbar die Einheit des tschechoslowakischen Staates ist und wie vergeblich die Hoffnungen jener sind, die sich bisher dem Glauben an einen Erfolg des Revisionismus hingeben. Die Einheit des Willens der tschechoslowakischen Nation hat zu ihrer Befreiung geführt und sie erklärt das Geheimnis sämtlicher Erfolge der Tschechoslowakei. Dieser politischen Tugend wird sich unsere Nation niemals und unter keinen Umständen begeben.

Aus diesem Grunde kann das gegenwärtige Koalitionssystem als ein dauerndes angesehen werden. Die Erweiterung dieser Koalition zusammenarbeit auch um andere Faktoren ist möglich, allerdings bloß unter der Bedingung, daß die bisherigen Richtlinien der Außen- und Innenpolitik unberührt bleiben.

Vorstoß gegen die Mongolei

Systematische Angriffe der Japaner gegen Grenzposten

Moskau. (Zah.) Aus Ulan Bator wird ein japanisch-mandschurischer Überfall auf Bulun Dersun in der mongolischen Volksrepublik gemeldet. Nach diesem Überfall zog sich der japanisch-mandschurische Truppenteil auf mandschurisches Territorium zurück, nachdem er vorher sämtliche Bauten des Grenzpostens durch Feuer zerstört und sämtliche Lebensmittel mit sich genommen hatte. Unter den Personen, welche bei dieser Gelegenheit von den Japanern getötet wurden, befindet sich der Stellvertreter des Kommandanten des Grenzpostens Soffob. Die Gesamtstärke des japanisch-mandschurischen Truppenteils betrug etwa 300 Mann, die in zehn mit Maschinengewehren ausgerüsteten Lastautomobilen transportiert wurden.

Ueber die Hintergründe dieses Überfalles wird aus Chabarowsk gemeldet: Nach dem Abbruch der mandschurisch-mongolischen Verhandlungen in der Station Mandschuria begann die Kwantung-Armee dahin zu arbeiten, in Tokio die Bewilligung zur Durchführung einiger Angriffe auf die Mongolei zu erhalten. Tokio beilegte sich nicht mit der Antwort und die Kwantung-Armee getraute sich nicht, auf eigenes Risiko zu handeln. Vor einiger Zeit traf jedoch

in Tientsin die Erklärung eines ausländischen japanischen Militärattachés ein, der das sofortige Eindringen der japanisch-mandschurischen Armee auf mongolisches Gebiet empfahl. Außerdem empfahl er aufeinanderfolgende Angriffe auf verschiedene Grenzstationen. Diese Grundgebung machte auf den Stab der Kwantung-Armee großen Eindruck und der Stab beschloß, ohne eine Bewilligung aus Tokio abzuwarten, einen probeweisen Überfall durchzuführen.

Sabotage-Akt der Weißrussen

Angeblliches Attentat auf einen Sowjetzug

Schanghai. Die weißrussische Presse in Chabin meldet, daß die Weißrussen Ende November auf der Amurbahn einen Sowjetzug in die Luft gesprengt hätten, wobei es angeblich 200 Tote und Verwundete gegeben habe. Der Anschlag sei gegen mehrere sehr hohe Beamte gerichtet gewesen, die nach Chabarowsk unterwegs gewesen seien.

„Sozialisierung“ im Dritten Reich

Ein jüdischer Waffenfabrikant enteignet

Berlin. Der Thüringer Statthalter Soukel hat im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister von Blomberg beschloffen, die Waffenfabrik in Suhl, die Eigentum der jüdischen Familie Simson ist, dem Führer zur Disposition zu stellen. Die Familie Simson wurde ausgewiesen, weil sie ungesicherte Gewinne eingestekt, den Arbeitern sehr niedrige Löhne gezahlt und die hygienischen Maßnahmen vernachlässigt habe.

Wo bleiben die Krupp und Thyssen?

W. Zum Jahresende hat sich das Dritte Reich noch einen agitatorischen Schlagler ausgedacht. Es ist bei der Waffenfabrik in Suhl, die Eigentum der jüdischen Familie Simson war, die erste Enteignung in Deutschland erfolgt. Die Inhaber wurden ausgewiesen.

Es hat nie an Leuten gefehlt, die die Meinung vertreten, daß Hitler doch eines Tages so sozialistischen Maßnahmen greifen werde, ebenso wie es in Deutschland unter der radikalen Anhängerschaft nicht wenige gab, die die Hoffnung nicht aufgaben, daß Hitler einen Tages das Programm doch noch erfüllen werde. Scheinbar haben sie recht behalten, aber nur scheinbar! Die Radikalen werden zwar triumphieren, daß sie sich durchgesetzt hätten, daß ein Sieg über Schacht erzwungen worden sei, der schon um der Wirkung im Ausland willen keineswegs hegeißert sein dürfte, und daß man damit den großen Durchbruch erreicht habe. Sie werden der Meinung sein, daß sie jetzt endgültig Hitler für sich gewonnen hätten, daß es Goebbels gelungen sei, Hitler auf die Seite der Radikalen zu ziehen, und daß hier „nur ein Anfang“ gemacht worden sei, dem bald weitere Taten folgen würden.

Nun hat man zwar hier ein Ventil geöffnet, und das war offenbar dringend notwendig angesichts der wachsenden Erregung über die wirtschaftlichen Räte. Aber es handelt sich eben nur um ein Ventil, nicht mehr. Man hat einen jüdischen Rüstungsindustriellen — vielleicht den einzigen, den es in Deutschland gab, denn in der Schwerindustrie ist jüdisches Kapital sehr wenig vertreten — geopfert, um die nichtjüdischen Rüstungsindustriellen, Krupp und Thyssen, Daniel und Hoersch, Alßner und Wanne mann, Stumm und Böckling schonen zu können. Man hat nichts davon gehört, daß man bestimmte deutsche Rüstungsindustrielle danach gefragt hätte, welche Gewinne sie dadurch erzielten, daß Draht nach Rußland und Sprengstoff nach Frankreich geliefert wurde, und das inmitten des Krieges, ferner daß deutsches Rüstungskapital in den russischen Putilow-Werken arbeitete und daß mit deutscher Hilfe die japanische Flotte erbaut wurde. Auch dürfte man sich kaum danach erkundigt haben, welche Geschäfte von deutschen Rüstungsindustriellen während der Ruhrbesetzung gemacht worden sind.

Masaryk-Gesetz perfekt

Brno. Präsident Benes hat seine erste Unterzeichnung als Staatspräsident unter ein Gesetz gegeben. Es handelt sich um das Gesetz über die Ehrung T. G. Masaryks durch den Staat.

UNSER GESICHT

33 Roman von Karl Stym
Copyright by Eugen Prager-Verlag, Bratislava

„Ach was! Ich ärgere mich nur. Draußen lacht sich Loretta ins Flüstchen, indes wir herinnen ihm die volle Schlüssel erhalten müssen!“
„Leider!“
„Leider!“ Röhlings Gesicht wird vor Ärger puterrot. „Das kann jeder Narr sagen, aber satt wird keiner davon! — Der Teufel soll mich haben, wenn ich nicht in zwei Stunden was zum Essen geschafft habe, und sollt ichs von Loretts Tisch wegholen müssen!“
Er geht.
Wir sehen ihm nach, wie sein Licht in der Richtung zum „Nagele-Schacht“ verschwindet und haben ein hoffendes Gefühl im Magen.
Wir warten geduldig zwei Stunden. In diesen zwei Stunden müssen zehn Kameraden an den Tag hinausgebracht werden. Lauter tapfere Kameraden, aber zu schwach gegen Hunger und Kälte. Das ist gar nicht verwunderlich bei unserem Leben. Meist sind es Brustkranke, wie überhaupt fünfundsiebzig Prozent von uns an diesem Übel leiden.
Fogger Schorsch sieht sich gezwungen, einen regelrechten Rettungsdienst einzurichten. Zwei Arbeiter sind ständig damit beschäftigt, die verschiedenen Lagerstellen nach Kranken abzusuchen. Wir nennen sie die „barmherzigen Samariter“. Die beiden haben traurigviel zu tun. Manche allerdings benutzen diese Gelegenheit, um auf eine bequeme und entschuldbare Art an die frische Luft zu kommen.
Von sechshundert am Anfang sind nurmehr fünfhundert in der Grube. Gegen achtzig haben sich auf Schamback Weise empfohlen.
Mehr dürfen wir nicht mehr verlieren!

Röhling ist noch nicht da.
Er ist schon vier Stunden weg. Unsere Mägen knurren und in unsere Körper verbeißt sich der Frost.
Essen!
Was zum Essen!
Egal, was es ist, nur die Mägen soll es füllen, sonst brennt uns die Kälte aus.
Wir brüten stumpf vor uns hin und vermeiden es ängstlich, uns gegenseitig in die fahlen Gesichter zu sehen. Unsere Gedanken kombinieren das Unglaublichste über Röhlings Ausbleiben. Uhu behauptet hartnäckig, er habe aus der Wetterluke des „Nagele-Schachtes“ einen Schuß gehört und nehme an, dies hänge irgendwie mit Röhling zusammen. Wir glauben es fast, weil es nicht ausgeschlossen sein kann.
Es muß etwas passiert sein.
Röhling mag in manchen Dingen ein Lump sein, aber wenn er kommen kann, so kommt er noch.
Ganz bestimmt!
Dießler bleibt in unserem Lager, um für den Fall, daß Röhling noch kommen sollte, gleich bei der Hand zu sein.
Ich beobachte schon eine Zeitlang seinen unnatürlich weit vorgestreckten Kopf mit den unseten, trübglänzenden Augen. Es hat den Anschein, als horche er in sich hinein, auf etwas, vor dem ihm selbst graut. Das ist gefährlich. Dießler hat im Krieg einen Kopfschuß bekommen. Die Kugel hat nun zu gewissen Zeiten eine besondere Lage und Dießler gebärdet sich dann wie ein Wahnsinniger. Wir mußten ihn schon einmal halb erschlagen, weil er seinen Kameraden erwürgen wollte. Dabei schrie er fortwährend: „Die Italiener kommen!“
Ich mache Hell aufmerksam. Wir halten uns bereit. Dießler wird immer unruhiger. Er atmet hastig und die Hals- und Schläfenadern schwellen an. Plötzlich blitzt es gelb in seinen Augen auf. Er wirft die Hände vor, verkrampft sie in der Luft und stürzt sich mit einem wilden Schrei auf seinen Nebenmann. Vier Paar Hände haben Mühe, ihn zu händigen. Wir binden ihm Hände und Füße. Der Häuer Hager wagt ihn ganz fürchterlich mit seinem Hosensriemen durch.

Das ist das beste Mittel!
Wir müssen ihn an den Tag hinausbringen. Kaum aber liegt er auf dem Wagen, kehrt das Bewußtsein zurück.
„Nicht hinaus! — Nicht! Es ist schon wieder vorbei!“
Er wendet sich an den Tummlier.
„Hab' ich dir weh getan?“
Tummlier schüttelt den Kopf und Dießler setzt sich erleichtert in eine Ecke und schläft gleich ein.
Es muß etwas geschehen. So kann es nicht länger weitergehen. Wir haben uns alle gefäuscht. Jetzt erst erkennen wir, was für ein furchtbares Gefängnis wir uns selbst gewählt haben. Wir sind nurmehr Schatten, die willenlos herumhocken.
Fogger Schorsch sieht furchtbar alt aus. Sein Anblick tut mir fast körperlich weh. Trotzdem hat er für jeden einen Trost.
„Bald, bald, Kameraden!“
Der Dank ist nur spärlich. Die blauefrostigen Lippen versuchen ein dünnes Lächeln.
Bald, bald!
Wir sind doch schon drei Tage im Berg!
Auf dem Ulm mir gegenüber leuchten weiße Buchstaben. Ich selbst habe sie mit viel Begeisterung darauf geschrieben. Vor zwei Tagen, nein, vor langer, langer Zeit.
„Herinnen wollen wir sterben! Draußen müssen wir krepieren!“
Das stimmt nicht ganz.
Hier im Berg ist das Sterben tausendmal fürchterlicher als draußen in der Sonne! Und noch fürchterlicher ist das Warten darauf!
Ein großes Wundern ist in mir:
Noch kein einziger ist wahnsinnig geworden.
Dießlers Fall hat andere Ursache, wenn auch der unmittelbare Anstoß unsere traurige Lage war.
Heil reißt sich energisch aus der Dumpfheit.
„Komm, Fritz, wir müssen etwas tun, sonst geht die Sache schief!“
Wir gehen gegen den „Nagele-Schacht“. Uhu will mit,

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Sanierung der Bergarbeiter-Versicherung im Zeichen der Solidarität und der Demokratie

Am Sonntag trat im Steirersaal des Lidboh in Prag unter Vorsitz des Abgeordneten Proxi die gesamtstaatliche Konferenz der Bergarbeiterverbände zusammen, an der neben den Vertretern des Böhmerland und der anderen tschechischen Bergarbeiter-Organisationen auch die Delegierten der Union der Bergarbeiter und des Verbandes der christlichen Bergarbeiter teilnahmen.

Auf der Tagesordnung stand die Beschlusfassung über die Sanierung der Grubenarbeiter, für die eine von allen Bergarbeiterverbänden der Republik beschickte Kommission nach dreijähriger schwerer Arbeit einen Entwurf ausgearbeitet hat. Über den der Kommissionsvorsitzende Professor Dr. Schönbauer der Konferenz Bericht erstattete.

Er erinnerte daran, daß im Jahre 1932, als die Sanierungskommission zusammentrat, die finanzielle Lage der Bergarbeiterversicherung unbehaltbar geworden war: sie konnte nur noch die Hälfte ihrer Verpflichtungen erfüllen und war für die andere Hälfte auf staatliche Zuschüsse angewiesen, für die keine gesetzliche Grundlage gegeben war. Die Kommission kam auf Grund eingehender statistischer Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Sanierung nur durch Erhöhung der Versicherungsbeiträge seitens der Unternehmer und der Arbeiter möglich sei, wozu noch staatliche Zuschüsse und ein Sanierungsfonds auf den Kohlenpreis treten mußten. Ursprünglich war auch eine Kürzung der angefallenen Renten um 20 Millionen vorgesehen, die nur durch eine weitere Beitragserhöhung um 7 Millionen verhindert werden konnte. Der Referent betonte mit besonderem Nachdruck, daß die Solidarität der in Arbeit stehenden Bergarbeiter mit ihren alten, Kranken und Invaliden Kameraden dazu geführt hat, daß diese weitere Beitragserhöhung beschlossen wurde, die es ermöglicht, die Renten ungekürzt zu lassen. Neben diesem großen, durch Solidarität bewirkten Erfolg sei es in dem Entwurf gelungen, die Selbständigkeit der Bergarbeiterversicherung zu sichern, die fortschrittlichen Bestimmungen des Sozialversicherungs-Gesetzes auf sie anzuwenden und ihr durch Anlehnung an die Zentralsozialversicherung eine breitere Grundlage zu geben.

Die Sanierung der Grubenarbeiter, wie sie der Kommissionsentwurf vorsieht, sei für die Versicherten wesentlich günstiger als die Bestimmungen, die man in Deutschland und Oesterreich zur Sanierung der Bergarbeiterversicherung getroffen habe.

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände legten in der dann folgenden Aussprache ihren Standpunkt zu dem Kommissionsentwurf dar, den sie übereinstimmend als die bestmögliche Lösung des Sanierungsproblems bezeichneten. Genosse Haase, der für die Union der Bergarbeiter sprach, erklärte, daß der Entwurf zwar eine fühlbare Belastung der Versicherten, eine Verschlechterung der Bestimmungen über die Anrechnung der Krankheitsdauer und des Militärdienstes und auch eine Einschränkung des Einflusses der Versicherten auf die Verwaltung vorsehe, daß es ihm aber gelungen sei, die bisherigen Ansprüche der Versicherten und Provisionsisten und die Unabhängigkeit der Versicherung aufrechtzuerhalten. Auch er betonte, daß die Vermeidung der Rentenlücke, die früher oder später allen zugute kommen werde, durch einen Akt proletarischer Solidarität ermöglicht wurde. Er erinnerte an den Abbau der Sozialgesetzgebung in den undemokratisch regierten Nachbarländern und verband die Zustimmung zu dem Entwurf mit einem eindringlichen Bekenntnis zur Demokratie.

Die Konferenz sah nach beendeter Aussprache einmütig einen Beschluß, der den Entwurf gutheißt, auch wenn dieser der aktiven Mitgliedschaft der Grubenarbeiter die Bezahlung eines Sanierungsbeitrages in der Höhe von einem Prozent des Lohnes auferlegt. Es wurde einmütig hervorgehoben, daß, wenn die Bergarbeiterschaft dieses Opfer anerkennt, sie dies mit dem Gefühl der Solidarität zu ihren Kameraden, den Provisionsisten, tue, welche sehr schwer geschädigt würden, wenn ihre ohnehin niedrigen Renten herabgesetzt werden sollten. Die Vorgehensweise der Gewerkschaftsvertreter in der Sanierungskommission wird gebilligt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung den Entwurf in kürzester Zeit bestätigen und für die Ausgestaltung der angefallenen Provisionsen in der Uebergangszeit sorgen werde.

Die Kleinbauern zur Schuldenregelung

Der Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Gärtler hat sich in einer Sitzung seines Präsidiums eingehend mit der bevorstehenden Schuldenregelung beschäftigt. Dabei hat er zwar die Absicht, den Forderungen der Kleinbauern Rechnung zu tragen, anerkannt, aber im Interesse einer Sicherung dieses Fieles im wesentlichen folgende Feststellungen gemacht:

An die Schuldenregelung sind nicht nur Hypothekendarlehen, sondern auch Wechseldarlehen einzubeziehen. Das Ausgleichsverfahren soll nicht nur für mittlere und größere Landwirte, sondern auch für alle übrigen Besitzkategorien einschließlich der arbeitslosen Hausier Anwendung finden und es darf sich nicht nur auf Personalschulden beziehen, sondern im gleichen Ausmaß auch auf alle Hypothekendarlehen. In das Verfahren sind die Forderungen des Staates einzubeziehen; Forderungen der Kleinverwalter, für die der Verlust mit Gefahr für die Existenz verbunden wäre, sind jedoch auszunehmen.

Größeren Landwirten mit mehr als 50 Hektar Besitz ist die Möglichkeit zu geben, die Pflicht aufzuerlegen, einen Teil der Schulden durch Abgabe von Grund und Boden abzulösen, welche zu Kolonisations- und Siedlungswecken verwendet werden sollen. Kleinlandwirtschaftlichen Schuldnern muß die Möglichkeit einer Verlängerung der Rückzahlungsrückstellungen gegeben werden.

Anstelle der Errichtung einer sogenannten Bauernbank genügt eine eigene Abteilung des Finanzministeriums, die sich mit der Durchführung der mit der Schuldenregelung verbundenen Gesetze befassen würde. Die Entscheidung enthält detaillierte Vorschläge für die organisatorische und kompetenzmäßige Lösung der mit der Schuldenregelung zusammenhängenden Fragen, wobei auf die Vertretung der kleinen Landwirte und Gärtler an den zuständigen Stellen Bedacht genommen wird.

Verlangt wird die Sicherung, daß die Schuldenregelung tatsächlich allen Kleinlandwirten, Häuslern und Arbeitslosen zugute kommt und die Einbeziehung seiner Kameraden, die aus wirtschaftlicher Not den Pachtzins nicht zahlen können.

Schließlich werden die Maßnahmen genannt, welche eine Heberkuldbildung in Zukunft verhindern sollen: Die öffentliche

Elementarversicherung; Herabsetzung der Abgaben und Gebühren bei Wirtschaftsübertragungen; Regelung des Ausgedingtes; Festsetzung einer Höchstverschuldungsgrenze; Alters- und Invaliditätsversicherung für die Selbständigen.

Grundätzlich hat sich der Verband gegen das Ausgleichsverfahren und gegen die Errichtung einer Bauernbank mit beratend überzogenen Vollmachten ausgesprochen.

Abgeblitzter Hakenkreuzler

Er läßt sich bei Gericht durch einen tschechisch-faschistischen Abgeordneten vertreten

In der inzwischen eingegangenen Hakenkreuzerschrift „Der Aufbruch“ vom 18. Februar 1935 war ein Artikel veröffentlicht, in welchem Dr. Otto Straffer, der in Prag in der Emigration lebende Führer der Schwarzen Front, als „Hauptling einer politischen Gangsterbande“ bezeichnet wurde. Herr Dr. Straffer lagte durch Genossen Dr. Schweiß den verantwortlichen Redakteur dieser Zeitschrift, Heinrich Fröhlich, und die Verbindung hierüber fand am 20. Dezember statt. Der Angeklagte bot durch seinen Anwalt, den tschechisch-faschistischen Abgeordneten Dr. Wrangoski einen Vergleich an, worin er diese Beleidigung Dr. Straffers als unbegründet widerrufen und um Verzeihung bittet. Als Buße verpflichtet sich Herr Fröhlich, an die Deutsche Landesaußenkommission für Jugendschutz und Kinderfürsorge den Betrag von 100 Kč zu bezahlen.

Niemand wird dem Herrn Dr. Otto Straffer bestreiten, daß er ein nationalgesinnter Deutscher ist, nur weil er ein Gegner Hitlers ist, hat ihn der „Aufbruch“ beleidigt, weil eben den Hintermännern dieser Zeitschrift die faschistische Gesinnung über ihr Deutschtum geht.

Henlein-Bezirksführer in Brügge verhört

„A-Zet“ meldet zu den zwölf Verhaftungen in Brügge, daß Montag auch der Bezirksführer der Henleinpartei, der Bergdeamte Josef Witopil, und der Arbeiter Josef Sizenauer, ebenfalls ein Henleinfunktionär, von der Polizei verhört wurden. Die Verhafteten sollen einer radikalen Gruppe der Henleinpartei angehören, denen die bisherige Parteipolitik zu gemäßig sei.

Diese Feststellung eröffnet interessante Perspektiven über die Art und Weise, wie die Behörden vernünftig zur Kenntnis dieser Dinge gelangt sind...

Der Ministerpräsident

geht auf kurzen Weihnachtsurlaub
Prag. Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodza empfing Montag im Kolowratpalais eine Reihe von Besuchern, vor allem einige in Prag akkreditierte diplomatische Vertreter, und konferierte mit den zuständigen amtlichen und politischen Funktionären über aktuelle Fragen.

Nach Abschluß der politischen Arbeiten bezieht sich der Vorsitzende der Regierung auf seinen üblichen kurzen Weihnachtsurlaub. Während seines Urlaubs vertritt ihn im Ministerpräsidentium sein Stellvertreter Eisenbahnminister Rudolf Vechuzl.

An alle Kolporteurs und Abonnenten!

Anlässlich der Weihnachtsfeiertage wird unser Blatt früher gedruckt, so daß die Nummer vom Mittwoch, den 25. Dezember, bereits um acht Uhr früh in allen Orten ist. Die Donnerstagnummer vom 26. Dezember und die Freitagausgabe vom 27. Dezember entfällt, so daß die nächste Ausgabe erst am Samstag, dem 28. Dezember erscheint.

Ehrung für Masaryk und Beneš im französischen Senat

Paris. Der französische Senat veranfaltete Montag nachmittags eine einmütige Aushandlung der Ehrung für den Alt-Präsidenten T. G. Masaryk und beglückwünschete den neuen Präsidenten Dr. Beneš.

Der Vizepräsident des Senates und amtierende Vorsitzende-Stellvertreter des Auswärtigen Senats Hubert sagte, daß der Aushandlung einmütig beschlossen habe, dem Senat den Text einer Resolution zu empfehlen, in dem es heißt:

„In dem Augenblick, da sich der erste Präsident der Tschechoslowakischen Republik T. G. Masaryk freiwillig ins Privatleben zurückzieht, übermitteln der Senat der französischen Republik dem großen Freunde Frankreichs einmütig den Ausdruck aufrichtiger Bewunderung für seine Verdienste und sein Werk.“

In dem neuen Präsidenten Beneš begrüßt der französische Senat einen hervorragenden Staatsmann, der die Traditionen der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei und die gemeinsame Zusammenarbeit zur Organisierung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes fortsetzen wird.“

Hierauf betrat Ministerpräsident Laval die Tribüne und schloß sich im Namen der französischen Regierung den Worten Huberts und der empfohlenen Resolution an. Der Senatspräsident ließ hierauf über die Resolution abstimmen, welche der Senat einmütig annahm und mit langandauerndem Beifall begleitete.

Dem Präsidenten der Republik Dr. Beneš haben anlässlich seiner Wahl noch folgenden ausländische Staatsoberhäupter gratuliert: Der Kaiser von Albanien, König Boris von Bulgarien, König Fuad von Ägypten, der jugoslawische Prinzregent Paul, König Carol von Rumänien, König Gustav von Schweden, Kaiser Hirohito von Japan, Präsident Lamora von Spanien, die Regierung der chinesischen Republik, der Präsident der Türkei, Ataturk (Kemal Pascha).

In Kürze

Berlin. Die zweite Verordnung zum Reichsbürgergesetz bestimmt u. a., daß Juden nicht leitende Bezüge öffentlicher sowie freier gemeinnütziger Krankenanstalten und auch nicht Vertrauensärzte sein können und mit dem 31. März 1936 aus ihren Stellen ausscheiden.

Berlin. (A. P.) Die deutsche Reichsbahn weiß für die ersten zehn Monate dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Einnahmehöhenzuwachs von 124 Millionen RM auf.

Kiel. Anfang Dezember wurde in Kiel der erste Flottenbegleiter in Dienst gestellt. Es handelt sich bei ihm und fünf weiteren auf der „Germania“-Werft in Kiel gebauten Schiffen um einen neuen Typ, der, wie der Name besagt, im Geleitsdienst Verwendung finden soll. Bei einer Standardwasserverdrängung von 600 Tonnen besteht die Bewaffnung der Flottenbegleiter aus zwei 10,5-Zentimeter-Geschützen, vier 3,7-Zentimeter-Flak-Geschützen und zwei Flakmaschinengewehren. Die zwei weiteren Flottenbegleiter werden in Hamburg und auf der Marinawerft in Wilhelmshafen gebaut.



Der Mann, der Mussolini lieber gewesen wäre: Sir Austen Chamberlain

Wirtschaftsabkommen mit Deutschland für 1936 verlängert

Berlin. (Sch. P. B.) Die dritte gemeinsame Tagung des tschechoslowakischen und des deutschen Regierungsausschusses, die in der Zeit vom 10. bis 23. Dezember 1935 in Berlin stattgefunden hat, ist Montag mit der Unterzeichnung eines Protokolls abgeschlossen worden, durch das der Warenverkehr zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Deutschland für das Jahr 1936 geregelt wird. Die neue Vereinbarung bedeutet — mit gewissen Änderungen bei einzelnen Warengruppen — im wesentlichen eine Verlängerung der bisherigen Regelung.

Über den Inhalt werden die Wirtschaftsinteressen im einzelnen durch ihre Spitzenorganisationen verständigt werden.

Auch mit Ungarn ein Abkommen fertig

Budapest. Amtlich wird mitgeteilt: „Die polnischen Ungarn und der Tschechoslowakei geschlossenen Handelsvertragsverhandlungen bezüglich die Regelung des beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs für das Jahr 1936 wurden am 22. d. M. beendet. Der Text des Abkommens soll den beiden Regierungen unterbreitet und sodann veröffentlicht werden. Das Abkommen soll am 1. Jänner 1936 schon in Kraft treten.“

Gefesseltes Volk

Buppertal (N. P.) Hier sind 800 Arbeiter und Arbeiterinnen verhaftet worden, weil sie verhaftet hatten, die alten Gewerkschaften wiederanzubauen. Aus der Fabrik Bemberg wurden die Arbeiter in langen Reihen, aneinandergefesselt, herausgeführt. Eine Metallwarenfabrik mußte stillgelegt werden, weil fast alle Facharbeiter verhaftet waren. Gegen 364 Arbeiter wird in Kürze bereits ein Prozeß stattfinden.

Hamburg. (N. P.) In der Werft Hinfenwerder wurden 70 Arbeiter verhaftet, weil das Tor des Betriebes mit anti-nationalsozialistischen Losungen bemalt worden war.

Ägypten behält 4000 Reservisten unter Waffen

Kairo. Die ägyptische Regierung hat eine Verordnung erlassen, derzufolge 4000 Soldaten, die zum 31. Dezember 1935 aus dem aktiven Wehrdienst hätten entlassen werden sollen, noch weitere sechs Monate unter Waffen gehalten werden.

Deutschland sperrt Reisen in die Schweiz

Berlin. Bis zum Erlaß einer neuen Verordnung wird keinem Reichsdeutschen die Bewilligung zu einer Reise in die Schweiz erteilt werden. Diese Maßnahme ist auf den Beschluß der Schweizer Regierung zurückzuführen, daß bis zum 15. Jänner 1936 die Möglichkeit der Einreise von Schweizern nach Deutschland mit einer Summe von 5 Millionen Schweizer Franken kontingiert wird.

Gauleiter Koch wieder im Amt

Berlin. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet: Oberpräsident von Ostpreußen und Gauleiter Koch hat in ein säuberes Disziplinärfahren vorzeitig eingegriffen. Während der deshalb gegen ihn geführten Untersuchung abgeschlossen ist und Oberpräsident und Gauleiter Koch auf die Unzumutbarkeit seines Verhaltens verwiesen wurde, hat er die Dienstgeschäfte des Oberpräsidenten wieder übernommen.



Herriot,

der zurückgetretene Vorsitzende der französischen Radikalsocialisten

Deutsche Schulfunkprogramme

für Winter und Frühling 1936

Seit September dieses Jahres besteht beim Ministerium für Schulwesen und Volkshochschule ein Redaktionsausschuss, der die Programme des deutschen Schulfunks feststellt...

Für die Geschichtsstunden bringt bereits im Januar der deutsche Schulfunk die Sendung „Morgens in Prag“...

Für die Geschichtsstunden bringt bereits im Januar der deutsche Schulfunk die Sendung „Morgens in Prag“ bei der Premiere des „Don Juan“...

Der deutsche Schulfunk hat bis heute kaum eine Sendung ausgesendet, welche nicht reichlich durch Musikbeilagen aufgelockert werden würde...

In einigen Sendungen wird wie bisher das tschechische Kulturleben berücksichtigt. Das Werk des Komponisten K. V. Jirák...

Zu den Festsendungen des kommenden Frühjahrs und Sommers gehören die Geburtstagsfeier des Präsidenten-Vizepräsidenten L. G. Masaryk...

Tagesneuigkeiten

Utscher Bankdirektor an der deutschen Grenze verhaftet

Der Direktorstellvertreter der Utscher Filiale der Böhmischen Escomptobank und Kreditanstalt, Karl Haase, wurde Donnerstag in der Nähe der Grenzstation Selb von bairischen Finanzbeamten verhaftet...

Eisenbahner überfahren und getötet

Lobositz. Ein Oxyer seines Berufes wurde am vergangenen Samstag der 49jährige Streckenbegehler Anton Ditl, als er auf der Strecke der Staatsbahn Auffsig-Lobositz...

Großer Pelzdiebstahl in Prag

Waren für 300.000 Kronen geraubt

Prag. In der Nacht auf Montag brachen unbekannte Täter in dem Pelzgeschäft Schüss auf dem Altstadt-Ring ein und entwendeten eine große Anzahl von Pelzen...

Berlin. Hier wurde Sonntag früh in einer der Hauptgeschäftstrassen, in der Schwendtnitzstraße, in einem Juweliergeschäft ein Schaufenstereinbruch verübt...

Mit dem Messer gegen den schlafenden Mann

Schreckensstat in geistiger Umnachtung?

Brüx. In Kalthauern hat sich am Montag eine Familientragödie abgespielt. Die 28jährige Eisenbahnergattin Milada Chlouba...

Bier Auto-Insassen verbrannt

Kachen. Auf der Straße zwischen Koztgen und Wahleim stieß ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen mit einem Kraftomnibus zusammen...

Lindbergh flieht vor den Kinderräubern?

Ueberfiedlung nach England

New York. Nach einer Meldung der „Times“ soll sich der Ozeanflieger Lindbergh mit seiner Familie als einziger Passagier auf einem Dampfer nach England eingeschifft haben...

er nicht früher nach dem Vereinigten Staaten zurückkehren werde, bis die Hauptmann-Angelegenheit ihr Ende gefunden haben wird...

Trenton. Hauptmann hat beim Appellationsgerichtshof des Staates New Jersey ein Gnadengesuch eingebracht.

Razzia auf Winkelbankiers

In Wien Verhaftungen in der Affäre Suchanek

Wien. Die Polizei verhaftete den 60jährigen Bankier Hugo Erwin aus dem vierten Bezirk und die Remissiers Siegfried Trintcher und Heinrich Kaufmann...

Der Präsident der Republik Dr. Benes stellte sich Montag, den 23. Dezember, um dreieiertel 13 Uhr beim Weihnachtsbaum der Republik auf dem Altstädter Ring ein...

Die Ursachen der Jglauer Explosion. In Brtnice bei Jglau fand am Montag die Feststellung der Ursache der katastrophalen Explosion statt, die am Freitag abends in der dortigen Fabrik für Auer-Nequisiten Antonin Jima...

Das Ende eines Diktators. Dieser Tage wurde der Tod des Diktators von Venezuela gemeldet, jenes Generals Gomez, der 27 Jahre lang selbstherrlich geherrscht hat...

Exkursionen von Oesterreich nach der Tschechoslowakei. Am 22. d. M. wurde von Wien aus ein Sonderzug nach der Tschechoslowakei abgefertigt...

Ein toter Diplomat an Bord. Bei der Einfahrt des Dampfers „President McKinley“ in den Hafen von Shanghai teilte der Kapitän mit...

Selbstmord eines bekannten Wiener Arztes. Der bekannte Wiener Neurologe Dozent MUDr. B. B. ein 51jähriger Mann, hat in seiner Wiener Wohnung Selbstmord durch Einnehmen von Gift verübt...

Ein schwerer Leberlandautobus durchfährt die Schranke vor der geöffneten Zugbrücke über den Appomator - Fluß (Virginia) und stürzte in die eissigen Fluten hinab...

Der sowjetrussische Dampfer „Luzowski“, der seit 10. Dezember in der Nähe von Sachalin von Eis eingeschlossen ist, sendet Hilferufe aus.

Die Stadt Luetta, die im Mai d. J. durch ein Erdbeben vernichtet wurde, wird nunmehr an der gleichen Stelle neu erbaut werden.

Wo treffen sich die Atus-Winterportler

zu Weihnachten und zu Neujahr?

Im Atus-Kreisheim Winterzinnwald im Erzgebirge. Schneebereich vom 23. Dezember: 10 Zim. Alt-, 15 Zim. Neuschnee. Schneeverhältnisse für Übungsbetrieb: Sehr gut.

Ein Meisterbild um einen Tappentil. In öffentlicher Versteigerung gelangte gestern in London ein prächtiges Gemälde von Franz Hals zum Verkauf...

Der größte Flugplatz Europas. Die Fluggesellschaft Imperial Airways kaufte im Zentrum Londons ausgedehnte Grundstücke an, auf denen ein Flugplatz errichtet werden wird...

Verkehrshindernisse in der Schweiz. Die ganze Schweiz meldete am Montag ununterbrochenen Schneefall. Große Schneemassen hatten an verschiedenen Orten Verkehrsbehinderungen zur Folge...

Sonderbare Untersuchungsverfahren. Ein Mittelschüler schreibt uns: Wir haben ja alle pflichtgemäß vor den Verlautbarungen und Anordnungen, die von „oben“, d. h. vom Landesschulrat...

Das Ende eines Diktators. Dieser Tage wurde der Tod des Diktators von Venezuela gemeldet, jenes Generals Gomez, der 27 Jahre lang selbstherrlich geherrscht hat...

Exkursionen von Oesterreich nach der Tschechoslowakei. Am 22. d. M. wurde von Wien aus ein Sonderzug nach der Tschechoslowakei abgefertigt...

Ein toter Diplomat an Bord. Bei der Einfahrt des Dampfers „President McKinley“ in den Hafen von Shanghai teilte der Kapitän mit...

Selbstmord eines bekannten Wiener Arztes. Der bekannte Wiener Neurologe Dozent MUDr. B. B. ein 51jähriger Mann, hat in seiner Wiener Wohnung Selbstmord durch Einnehmen von Gift verübt...

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Mittwoch: Prag, Sender V: 9.30: Kompositionen von Dvořák, 13.45: Schallplatten, 17.50: Deutsche Sendung: „Die Sudetenländer“ bietet Szenen aus „Nachmann als Erzähler“...

